

Gemeinsam lernen – mit und ohne Behinderung

CDU-Fraktion erinnert Landesregierung an einen einstimmigen Beschluss

29. Juni 2011 – Kinder mit und ohne Behinderungen sollen künftig gemeinsam lernen können. Dieses Prinzip der Inklusion schreibt die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen vor, die Deutschland ratifiziert hat. Ein einstimmiger Beschluss des Landtags verpflichtet die Landesregierung, entsprechende Rahmenbedingungen für die Schulen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Nun hat die CDU-Fraktion einen Antrag vorgelegt, der an die Landesregierung appelliert, endlich tätig zu werden (Drs. 15/1793). In der Debatte verteidigten SPD, Grüne und Regierung einen sorgfältigen Prozess, in dem alle Betroffenen beteiligt würden.

Michael Solf (CDU) forderte die Schulministerin zum Handeln auf. Seine Fraktion wolle helfen, dass endlich etwas geschehe, schließlich sei man sich doch im Ziel einig. Er warf der Ministerin schuldhaftes Zögern vor. Es genüge nicht, auf die Verantwortung des Bundes zu verweisen. Zwar gebe es diese, aber das Land trage eine eigene. „Die betroffenen Menschen können Ehrlichkeit und einen klaren Zeitplan erwarten“, mahnte er. Auch Sofortmaßnahmen vermisste der Abgeordnete. Zumindest ein Beratungs- und Hilfestellungssystem für Eltern und Schulen hätte längst eingerichtet werden müssen, meinte er und forderte zudem Integrationshelferinnen und -helfer.

Irritiert reagierte Marlies Stotz (SPD) auf den Antrag der CDU, den sie für völlig überflüssig hielt. Gemeinsam habe man beschlossen, unter Einbeziehung aller Beteiligten Veränderungen zu schaffen, und die Landesregierung habe diesen Prozess unmittelbar in Gang gesetzt, eine Arbeitsgruppe im Ministerium eingerichtet und den Gesprächskreis Inklusion hinzugezogen. Den Inklusionsplan kündigte Stotz für dieses Jahr an. „Ich kann die CDU nur auffordern, den gemeinsam beschlossenen Weg nicht ohne Not

zu verlassen“, sagte die Abgeordnete. Außerdem habe gerade die CDU den Willen von Eltern und Kommunen lange ignoriert, spielte sie auf die Gemeinschaftsschule an.

Auch Sigrid Beer (Grüne) fand den Antrag der CDU nicht zielführend. Der Landtag habe sich gemeinsam für einen sorgfältigen und gelingenden Prozess entschieden. Daher gelte es, die Balance zu wahren zwischen einer verständlichen Ungeduld der Elternseite und der Notwendigkeit, Schulen konzeptionell und durch Lehrerfortbildungen vorzubereiten. Was die Verantwortung des Landes betreffe, habe die Regierung bereits die 600 Stellen abgesichert, die für den Integrationszuschlag benötigt würden, darüber hinaus 326 Stellen zum Ausbau des gemeinsamen Unterrichts bewilligt. Für mehr finanzielle Hilfe des Bundes müsse man das Bundessozialgesetzbuch entsprechend anpassen.

Den Eindruck großer Verunsicherung in den Kommunen teile ihre Fraktion mit der CDU, erklärte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Der Antrag beschreibe die Problemlage treffend. Die Abgeordnete sah sich in Warnungen bestätigt:

Das habe man nun davon, Hoffnungen geweckt zu haben, man könne in relativ kurzer Zeit alle Wünsche nach inklusivem Lernen erfüllen. Kritikwürdig am CDU-Antrag fand Pieper-von Heiden allerdings das Drängen auf gesetzliche Grundlagen. „Qualität geht vor Schnelligkeit“, sagte sie. Die sonderpädagogische Forderung dürfe nicht den Bach hinuntergehen. Außerdem gelte es, die begrenzten finanziellen Spielräume des Landes zu berücksichtigen.

Gunhild Böth (Linke) verstand die Intention der CDU. Die Kommunen bräuchten gerade in der Debatte über Veränderungen der Schulstruktur Zielvorstellungen und Leitlinien für das weitere Vorgehen bei der Inklusion. Ob aber eine kurzfristige gesetzliche Grundlage erforderlich sei, wisse sie nicht. Klar sei aber: Der staatliche Auftrag zur Inklusion, der sich aus der UN-Charta ergebe, gelte auch für die Kommunen als Teil des Staats. Im Antrag vermisste die Linke die Frage der Personalbesetzung, der Mitbestimmung und der Arbeitsbedingungen für die sonderpädagogischen Lehrkräfte. Sie regte an, diese Aspekte in die weiteren Beratungen mit einzubeziehen.

„Ihr Antrag mag gut gemeint sein, ist aber kontraproduktiv“, sprach Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) die CDU an. Die geforderte Klärung wolle auch sie, halte sich aber an beschlossene Vorgaben. Deshalb laufe ein engagierter Abstimmungsprozess mit allen Beteiligten. Vieles substantiell Notwendige könne man aber erst jetzt, nach Verabschiedung des Haushalts, anpacken, weil es Geld erfordere, etwa wissenschaftliche Gutachten. Diese hälften, grundsätzliche Fragen für einen Landesinklusionsplan zu klären. Löhrmann warb für einen „Prozess, der sorgfältig und systematisch angegangen werden muss. Das tun wir. Das sage ich aus voller Überzeugung.“ sow

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 15/1793) zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen. Sozial- und Kommunalausschuss sollen mitberaten.

Für europäische Verdienste ...

... wurde der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (l.) ausgezeichnet. Der Präsidenten der Stiftung „Merite europeen“, Jacques Santer (2.v.r.), überreichte ihm im Beisein von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (r.) und der Ehrenpräsidentin der Stiftung, Ursula Braun-Moser (2.v.l.), die goldene Verdienstmedaille und dankte für seinen Einsatz für den europäischen Einigungsprozess. Zu Europa gebe es keine Alternative, betonte Santer, von 1995 bis 1999 Präsident der EU-Kommission. Auch für Rüttgers ist nach seinen eigenen Worten „das Projekt Europa noch nicht zu Ende“.

Foto: Schälte